NIEDERSCHRIFT Stadt Karlsruhe	Gremium:	57. Plenarsitzung **Gemeinderat**
	Termin:	21. Januar 2014, 15:30 Uhr
		öffentlich
	Ort:	Bürgersaal des Rathauses
	Vorsitzende/r:	Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

13.

Punkt 13 der Tagesordnung: Betreuungseinrichtungen für Senioren im Stadtteil Stupferich
Antrag der Stadträtin Gabriele Luczak-Schwarz, der Stadträte Tilman Pfannkuch, Thorsten Ehlgötz, Dr. Albert Käuflein und Sven Maier (CDU) sowie der CDU-Gemeinderatsfraktion vom 13. November 2013
Vorlage: 2013/0223

Beschluss:
Zustimmende Kenntnisnahme von der Stellungnahme der Verwaltung

Abstimmungsergebnis:
Keine Abstimmung

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 13 zur Behandlung auf und verweist auf die vorliegende Stellungnahme der Verwaltung.

Stadtrat Pfannkuch (CDU): Es ist im Antrag klar herausgestellt, dass es um eine zentrumsnahe Betreuungseinrichtung für Seniorinnen und Senioren gehen soll. Deshalb ist es richtig, dass in der Verwaltungsantwort auf die ganzen Stufen anderer Betreuungsformen eingegangen wird. Das muss natürlich auch in Stupferich überprüft werden. Aber es ist nun seit langer Zeit - ich kann schon sagen, seit vielen Jahren - ein dringendes Bedürfnis erkannt worden vom Ortschaftsrat. Das wollen wir einfach verstärkt wissen. Da ist es aber richtig, wenn die Verwaltung darauf hinweist, dass man die Bedarfe genau festlegt und dann mit einem Konzept auf den Ortschaftsrat zugeht, um wirklich eine städtebauliche Lösung vorschlagen zu können.

Die CDU-Fraktion geht voll mit einig. Nur haben Sie bitte Verständnis, dass wir vielleicht auch heute schon einen kleinen Tipp bekommen wollen, in welchem zeitlichen Vorstellungsrahmen Sie das vorgesehen haben.

(Beifall bei der CDU)

Stadtrat Geiger (GRÜNE): Der Antrag der CDU ist berechtigt. Eine Gruppierung aus dem Ortschaftsrat Stupferich hat die Fraktionen angeschrieben, dass schon lange der Wunsch gehegt wird, für die Seniorinnen und Senioren aus Stupferich eine Betreuungseinrichtung im Stadtteil zu haben, wenn der Verbleib in den eigenen vier Wänden nicht mehr funktioniert.

Karlsruhes Bevölkerung wächst. Besonders stark wird die Bevölkerungsgruppe der über 60-jährigen wachsen und die der Hochbetagten, also die über 85-jährigen. Das wird auch in Stupferich so sein. Generell wissen wir, dass ältere Menschen, wenn sie zunehmend auf Hilfestellung und Angebote angewiesen sind, trotzdem gern in gewohnter Umgebung bleiben, am liebsten in den eigenen vier Wänden. Da unterscheidet sich auch Stupferich nicht von den anderen Stadtteilen in Karlsruhe.

Wir Grünen wollen dem Wunsch Rechnung tragen und politische Maßnahmen ergreifen, die eine aktive Teilhabe und autarke Versorgung der älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger ermöglicht. Bevor es aber um Betreuungseinrichtungen geht, sind erst einmal flankierende Maßnahmen zu nennen. Hier haben wir mit dem Rahmenentwicklungsplan für die Höhenstadtteile wichtige Hinweise erhalten. Wie kann die verkehrliche Vernetzung zwischen den Höhenstadtteilen verbessert werden? Gerade für betagtere Personen ist das eine zentrale Frage. Gibt es ausreichende Nahversorgung, Kulturangebote und vieles mehr? Alles Fragen, die zentral sind, wenn man dem Wunsch nach einem möglichst langen und autarken Verbleib der älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger im Stadtteil Rechnung tragen will.

Selbstverständlich geht es auch darum, was man Menschen anbieten kann, die nicht mehr in den eigenen vier Wänden verbleiben können. Dort wurde uns z. B. zugetragen, dass viele Stupfericher männlichen und weiblichen Geschlechts, die älter sind, momentan in Grünwettersbach untergebracht sind, aber sehr gern wieder nach Stupferich zurückkehren würden, weil sie doch einfach verwurzelt sind in ihrem Stadtteil. Das Sprichwort wurde häufig bemüht, auch im Rahmen des Rahmenentwicklungsprozesses Höhenstadtteile: Einen alten Baum verpflanzt man nicht mehr.

Wir würden es begrüßen, wenn die Frage: Etablierung einer Senioreneinrichtung in Stupferich auch durch die Heimstiftung aufgegriffen würde, die eventuell einmal Vorschläge machen könnte, was in den Höhenstadtteilen, nicht nur in Stupferich, sondern auch in Wolfartsweier oder in Hohenwettersbach möglich wäre. Auch aus diesen Ortsteilen wissen wir, dass dort ein Wunsch auf eine Betreuungseinrichtung für Seniorinnen und Senioren besteht. Wichtig wäre uns, dass diese Einrichtung - egal, wie sie konzeptionell gefasst ist - sich zum Stadtteil hin öffnet, um dann auch eine Teilhabe der Menschen, die dort untergebracht sind, am Ortsleben zu ermöglichen.

Zum Abschluss geht es uns generell darum, dass wir die Selbstbestimmtheit der älteren Generation gewährleisten können. Wir sind gespannt und grundsätzlich bereit, Vorbereitungen mitzutragen, damit man in Karlsruhe so gesund wie möglich, so eigenständig wie möglich und so teilhabend wie möglich alt werden kann im eigenen Ortsteil.

(Beifall bei den Grünen)

Stadträtin Ernemann (SPD): Auch wir unterstützen natürlich eine wohnortnahe Betreuung der Senioren oder das Wohnen im Alter, möglichst da, wo sie die letzten Jahre gelebt haben. Dennoch leuchtet mir der Zeitpunkt des CDU-Antrags nicht ganz ein, haben wir doch erst vor einigen Tagen in einer gemeinsamen Ortschaftsratssitzung aller Ortschaftsräte der Höhenstadtteile den Rahmenplan Höhenstadtteile auf den Weg gebracht. Da steht all das drin. Da steht auch der Ausbau der Betreuungseinrichtungen drin, das, was eben der Kollege Geiger aufgeführt hat. Er war auch bei der Ausarbeitung des Rahmenplans Höhenstadtteile dabei, den wir beschlossen und auf den Weg gebracht haben. Er geht jetzt den ganzen politischen Lauf. Insofern verstehe ich es nicht ganz.

Dann muss ich auch noch etwas dazu sagen, was die Wohnsituation der älteren Menschen in den Bergdörfern anbelangt. Das können Sie abfragen, das ist auch abgefragt worden in einigen Stadtteilen. Dadurch, dass es dort einen großen Anteil an Eigenheimen und einen großen Familienverbund gibt, also die Oma und der Opa wohnen oftmals noch mit den Kindern unter einem Dach, ist der Bedarf, in eine Wohnanlage zu ziehen, nicht so groß. Ich weiß das von der neu eröffneten Wohnanlage in Hohenwettersbach. Für den zweiten Bauabschnitt war jetzt gerade der Baubeginn. Da sind die wenigsten Leute, die dort wohnen, aus dem Ort selbst. Das sind alles Eltern, Omas und Opas von jungen Leuten, die dort wohnen. Die meisten bleiben doch bis fast zum Ende in ihrem Familienverbund wohnen. Aber da kann sich Stupferich durchaus von Hohenwettersbach oder von Wettersbach unterscheiden. Das müsste man abfragen.

Dann ist es so, der Ortschaftsrat muss sich einen Investor suchen. Das ist doch überall so gelaufen. Das ist auch bei uns in Hohenwettersbach so gelaufen. Da war ein Investor da, dann war das Grundstück da, und dann sind die beiden zusammengekommen. Aber erst muss ich einen Investor finden, der bereit ist, dort auch zu investieren. Grundsätzlich sind wir dafür, dass auch in Stupferich, genauso wie in Wettersbach und Hohenwettersbach so etwas gemacht wird. Meinetwegen kann es auch der gleiche Bauträger und der gleiche Heimbetreiber sein, kein Problem. Wenn sich der Verbund in den Bergdörfern ausweitet und man sich gegeneinander mit Pflegeeinrichtungen, Tagespflegeplätzen vernetzt, ist das eine gute, gewinnbringende Situation für die Bergdörfer.

Grundsätzlich Unterstützung, nur fand ich den jetzigen Zeitpunkt, wo wir noch an unserem Rahmenplan gebastelt haben und den jetzt Gott sei Dank auf den Weg gebracht haben, etwas zu verfrüht.

(Beifall bei der SPD)

Stadtrat Golombeck (FDP): Die in Stupferich ansässigen Freien Wähler haben meine Fraktion zu einer Besichtung vor Ort eingeladen, so dass wir uns dort einen persönlichen Eindruck verschaffen konnten.

Die im Antrag der CDU gewünschte zentrumsnahe Betreuungseinrichtung für Seniorinnen und Senioren in diesem Stadtteil findet unsere Unterstützung, da auch wir der Auffassung sind, dass eine zentrumsnahe Betreuungseinrichtung in diesem Stadtteil notwendig ist und nicht irgendwo weit weg.

Die Pflegebedürftigkeit von Menschen wird sich in Stupferich erhöhen, wie auch in anderen Stadtteilen von Karlsruhe. Auch wenn gegenwärtig nur ein kleiner Teil der Bevölkerung an einem Wohnungswechsel interessiert ist, sollte diese Überlegung für eine Betreuungseinrichtung im zentralen Bereich weiter verfolgt werden.

Aus dem Antrag geht hervor, dass auch der Stupfericher Ortschaftsrat mit einem einstimmigen Votum die Erforderlichkeit dieser Einrichtung unterstreicht. Das Thema wird auch Inhalt des Rahmenplans Höhenstadtteile sein, wie aus der Stellungnahme zu entnehmen ist. Eine städtebauliche Lösung wird ausgearbeitet werden.

(Beifall bei der FDP)

Stadtrat Cramer (KAL): Meine Fraktion unterstützt die Intention des CDU-Antrags voll umfänglich. Es ist aufgrund des Wunsches des Ortschaftsrats in Stupferich letztendlich auf den Weg gebracht worden. Ich denke, wir sollten trotz dieses Rahmenplans, Frau Ernemann, dem folgen, was in Stupferich gewünscht wird. Es ist nicht so, dass die ihre Hausaufgaben nicht gemacht haben. Sie werfen der CDU hier vor, sie komme, nachdem der Rahmenplan gemacht wurde. Schauen Sie einmal: Das war ein Antrag aus dem November. Im Dezember hätte er auf die Tagesordnung kommen sollen. Er wurde damals von CDU zurückgenommen auf die heutige Sitzung. Von daher ist dieser "Vorwurf" nicht gerechtfertigt.

(Beifall bei der CDU)

Ich muss mich jetzt nicht unbedingt mit der Argumentation der SPD-Fraktion auseinandersetzen oder mit Ihrer, Frau Ernemann. Sie geht, meiner Ansicht nach, voll am Thema vorbei. Meine Fraktion möchte nicht lange abwarten, sondern wir möchten, dass man an das, was im Ortschaftsrat Stupfeich gewünscht wird, was auch - so wie ich es sehe - von der Ortsverwaltung mitgetragen wird, schnell herangeht, auch auf die konkreten Grundstücksvorstellungen und nicht andere Plätze aus dem Hut zaubert. Ich würde mir wünschen, dass man jetzt einmal das erste Go bekommt und man nicht wieder hier herausgeht und es am Ende dieses Tagesordnungspunktes nicht klar ist, wie es weitergeht. Letztendlich ist es nicht im Sinne von dem, was in Stupferich gewünscht wird.

(Beifall bei der KAL)

Stadtrat Wenzel (FW): Mit Anfrage unter TOP 26 "Konzept für stadtteil- und zukunftsorientierte Wohn- und Pflegeeinrichtungen" fragen wir Freien Wähler u. a.: Welche konkreten Maßnahmen wurden bisher unternommen, um Wohn- und Pflegeeinrichtungen in Stadtteilen zu installieren, die bisher über solche nicht verfügen? Denn es steht außer Frage, dass dem Wunsch, im Alter im Wohnumfeld zu bleiben, das man bisher benutzt hat, stattgegeben werden soll.

Der Antrag der CDU wird jetzt konkret und hat sich auf den Stadtteil Stupferich fokussiert, weil es von Seiten des Ortschaftsrates gewünscht ist und von den Freien Wählern in Stupferich mitunterstützt wird, und sie sich auch aktiv bemüht haben, den Standort zu forcieren. Deshalb ist es selbstverständlich, dass wir als Freien Wähler Karlsruhe diesen Wunsch und diesen Antrag mitunterstützen werden. Nicht irgendwann, sondern

wir wollen heute zumindest einen Knopf an die ganze Sache machen und sie auf die Wege bringen.

Der Vorsitzende: Ich habe keine weiteren Wortmeldungen.

Wir nehmen es als Appell an die Verwaltung auf, hier noch einmal verschärft in eine Betrachtung einzusteigen und Vorschläge zu machen. Nach meinem Kenntnisstand sind auch schon durchaus Grundstücke vorgeschlagen worden. Die waren dann aber nicht zentrumsnah genug. Das Ganze wird am Ende stehen oder fallen mit einem potentiellen Betreiber und einem entsprechenden Konzept. Da haben wir durchaus Bedenken, ob die Zahlen, die man theoretisch aus Stupferich herbeirechnen kann, überhaupt eine solche Wirtschaftlichkeit darstellen. So sehr ich es nachvollziehen kann, dass man in jedem Orts- und Stadtteil natürlich ein solches Angebot hätte, so sehr müssen wir auf der anderen Seite aber auch darauf achten, dass es vom Betrieb her eine wirtschaftlich sinnvolle Größe und auch ein wirtschaftlich sinnvolles Konzept ist. Ich bin sehr skeptisch, ob die Heimstiftung überall da einsteigen sollte, wo wir kein anderes Betreiberinteresse entdecken können. Ich bin mir auch sicher, wenn es dort ein Betreiberinteresse gäbe, würde man auch schnell ein Grundstück finden. Davon bin ich auch überzeugt.

Aber wir bleiben an dem Thema dran. Ich bitte nur, hier nicht die komplette Zuständigkeit bei der Stadt darin zu sehen, dann auch noch diese Versorgung überall sicherzustellen. Denn das entspricht nicht der aktuellen Situation, wie mit Pflegeeinrichtungen umgegangen werden kann.

Dann würden Sie das so akzeptieren.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten -
18. Februar 2014